

Pressemitteilung

BDIU-Präsidentin Pedd: »Öffentliche Hand muss ihr Forderungsmanagement verbessern« Kommunale Außenstände steigen auf über 21 Milliarden

Berlin, 19. Mai 2016 – Kirsten Pedd, Präsidentin des Bundesverbands Deutscher Inkasso-Unternehmen (BDIU), kritisiert in einem Interview die schlechte Zahlungsmoral der öffentlichen Hand.

Frau Pedd, die Wirtschaft wächst zurzeit kräftig – trotzdem meldet jetzt die Baubranche, dass sie länger auf das Geld von kommunalen Auftraggebern warten muss. Wie passt das zusammen?

Kirsten Pedd: Das ist in der Tat paradox, vor allem wenn man bedenkt, dass auch die Steuereinnahmen derzeit regelrecht sprudeln. Aber trotz der guten Konjunktur sind immer noch viele Kommunen in Haushaltsnotlagen, etwa in Ostdeutschland oder in Nordrhein-Westfalen. Auch die Inkassounternehmen beobachten einen überraschenden Negativtrend. 14 Prozent unserer Mitglieder haben uns in einer Umfrage gemeldet, dass der öffentliche Sektor Rechnungen jetzt schlechter bezahlt als noch im letzten Jahr. 83 Prozent berichten, dass die Zahlungsmoral von Kommunen unverändert schlecht ist.

Pressekontakt:

Bundesverband Deutscher
Inkasso-Unternehmen e.V.
Friedrichstraße 50–55
10117 Berlin

Ihr Ansprechpartner: Marco Weber
Telefon: 030/2 06 07 36-40
Telefax: 030/2 06 07 36-33
E-Mail: weber@inkasso.de

www.twitter.com/BDIU_inkasso_de

Welche Bedeutung haben Zahlungsausfälle für Kommunen?

Kirsten Pedd: Kommunale Forderungen werden zu fast 90 Prozent vollständig und pünktlich beglichen. Die 10 Prozent, bei denen das nicht der Fall ist, bereiten aber Probleme. Das ist Geld, das am Ende fehlt, um Straßen auszubessern oder Schwimmbäder oder Theater zu finanzieren.



Wir reden hier über einen erheblichen Fehlbetrag: Aktuell summieren sich die Forderungen der Kommunen auf über 21 Milliarden Euro.

Was raten Sie Kommunen für deren Forderungsmanagement?

Kirsten Pedd: Forderungsmanagement ist eine Aufgabe für die gesamte Kommune, bei der alle Ämter und Behörden miteinander zusammenarbeiten sollten.

Ein positives Beispiel ist die Stadt Wiesbaden. Sie hat schon vor über zehn Jahren ein kommunales Forderungsmanagement eingeführt, mit einem Bündel aus externen und internen Maßnahmen. Intern stimmen sich die unterschiedlichen Ämter enger untereinander ab und haben ein zentrales Mahnwesen geschaffen, vergleichbar dem in der freien Wirtschaft. Außerdem hat man sich externe Hilfe hinzugezogen, etwa bei der Bonitätsbewertung oder der Recherche von Postrückläufern, um bessere Mahnergebnisse zu erzielen. Dazu arbeitet Wiesbaden auch mit externen Inkassodienstleistern im Wege der Verwaltungshilfe zusammen, um so zum Beispiel Forderungen zu bearbeiten, bei denen die kommunalen Mitarbeiter nicht mehr weiterkommen. Mit diesem Maßnahmenbündel konnte Wiesbaden seine Außenstände deutlich reduzieren. Andere Kommunen könnten sich an diesem guten Beispiel orientieren.

Über den BDIU

Der BDIU wurde 1956 gegründet und ist der größte Inkassoverband Europas sowie der zweitgrößte weltweit. Er vereint 560 Inkassounternehmen, die rund 15.500 Mitarbeiter beschäftigen. Pro Jahr führen BDIU-Mitglieder durch ihre Rechtsdienstleistung gut 5 Milliarden Euro an offenen Forderungen der Wirtschaft wieder zurück. Die Auftraggeber der Inkassounternehmen beschäftigen rund 8 Millionen Menschen in Deutschland.